

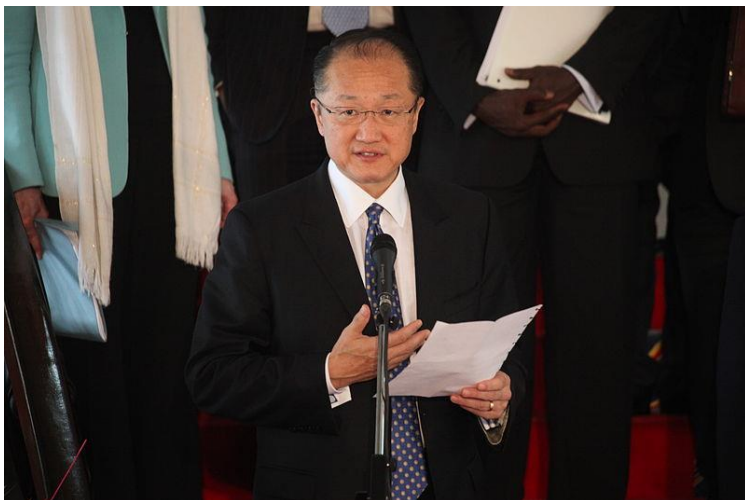


G20: Paradigmenwechsel?

Die Finanzminister und Notenbankchefs der G20-Staaten befassen sich mit systemischen Risiken anhaltend schwachen Wachstums.

AM Wochenende kamen die Finanzminister und Zentralbankchefs der G20-Staaten in Chengdu, China, zu einem Treffen zusammen. Auf der Tagesordnung stand laut dem Nachrichtendienst Bloomberg vor allem eines: Das schwache globale Wirtschaftswachstum. Dies habe sich im Zuge der unsicheren politischen Lage weltweit nicht in dem Maße erholt, wie es sich führende Experten, unter ihnen Weltbank-Chef Jim Yong Kim, erhofft hatten.

Begründet wird die schwache gesamtwirtschaftliche Situation mit einem momentan spürbar hohen Maß an politischer Unsicherheit. International wäre eine Abwendung von wirtschaftsliberalen Paradigmen zu erkennen, welche Nährboden für politischen Umschwung bieten. Erkennbar sei dies zum einen am Erfolg des Wahlkampfes des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump in den Vereinigten Staaten, aber auch an der für viele überraschenden Mehrheit des Leave-Lagers in Großbritannien bei dem im Juni abgehaltenen Brexit-Referendum.



Weltbank-Chef Jim Yong Kim, 2013 | Quelle: John Bompengo

Während Jim Yong Kim bereits am Freitag vor einem allgemein erhöhten Anti-Globalisierungssentiment in der westlichen Welt gewarnt hatte, bestätigte Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), am Sonntag, bezüglich der Wichtigkeit von Maßnahmen zu einer gerechteren Umverteilung der aus der zunehmenden Liberalisierung der Märkte gewonnenen Vorteile.

Fortsetzung auf Seite 2

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze aus der Woche vom 18. bis zum 24. Juli:

Bundesbank: Mehr Kompetenzen für ESM

Montag, 18. Juli – In ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht für den Monat Juli schlägt die Bundesbank vor, die Aufgaben des Europäischen Rettungsschirms (ESM) auszuweiten, weiß Reuters. Bisherige Kompetenzen von EU-Kommission und Europäischer Zentralbank, wie die konjunkturelle Bewertung eines Krisenlandes, die Ermittlung der Schuldentragfähigkeit sowie das Monitoring über die Durchführung von Hilfsprogrammen, könnten nach Ansicht der deutschen Notenbank direkt durch den ESM gesteuert werden. Erneut wurde zudem vorgeschlagen, die Laufzeit von relevanten Anleihen eines Krisenlandes direkt mit Beantragung eines Hilfspakets um drei Jahre zu verlängern. Dies würde einer Kreditklemme für das betroffene Land vorbeugen und die wirtschaftlichen Spannungen frühzeitig entschärfen.

Kreditwürdigkeit der Türkei herabgestuft

Mittwoch, 20. Juli – Die Ratingagentur Standard & Poor's hat aufgrund der politischen Lage ihr Rating für die Türkei um eine Note auf BB nach unten korrigiert, berichtet Reuters. Trotz jüngst von der türkischen Zentralbank gesenktem Leitzins wird ein sich verschlechterndes Investitionsumfeld, erwartet.

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
 30. Kalenderwoche



Diese Erkenntnis dürfte auch prominent im Abschlussdokument des Meetings zu lesen sein. Aus einer ersten geleakten Version des Dokuments liest der australische Investitionsstrategie-Chef der AMP Capital Investors Ltd., Shane Oliver, eine klare Aussage heraus: Die Wählerschaft sei unzufrieden mit den Ergebnissen der Marktexpansion und setze sich nun politisch dagegen ein.

Einige Staaten hatten bereits im Vorfeld der G20-Gespräche verstärkt auf die Unterstützung der ökonomisch schwächeren Bevölkerung gesetzt. Beispielsweise erwägt Japan, neben Lohnerhöhungen für Kurzarbeiter, das Beiseitstellen eines größeren Budgets zur Verwendung in einem geeigneten Maßnahmenpaket. Auch Großbritannien dachte am Rande des Meetings über eine Kehrtwende in der Steuerpolitik nach.

Im Angesicht sich anbahnender zusätzlicher politischer und ökonomischer Unruhen scheint dies angebracht: Weniger angepasste politische Stimmen, welche in Zukunft mehr Macht erhalten könnten, dürften einen destabilisierenden Einfluss auf die bisherigen Ausgestaltung des Wirtschaftssystems haben. Weiterhin hapert es in vielen G20-Staaten noch immer an ausreichender Binnennachfrage. In einigen, allen voran China, leidet das Wachstum erheblich darunter. Ergäben sich aus einer zusätzlichen Wachstumsverlangsamung weitere Nachteile für die ärmeren Bevölkerungsanteile, könnte sich die Unzufriedenheit gegenüber den Globalisierungsbemühungen der Staaten weiter aufheizen. Die politische Instabilität würde sich damit noch vergrößern und eine weitere Liberalisierung der globalen Märkte empfindlich stören.

Hintergrund | Globalisierung in der Kritik

>> [Bloomberg: G20 für mehr Umverteilung \(englisch\)](#)

Britische Wirtschaftsindices

Freitag, 22. Juli – Die britische Wirtschaft reagiert messbar negativ auf das Brexit-Referendum: Der gemeinsame Einkaufsmanager-Index, erhoben als Unternehmensumfrage vom Institut IHS Markit, stürzte im Vergleich zu den im Vormonat Juni gemessenen 52,4 Punkten im Juli auf 47,7 Punkte ab, schreibt Reuters. Der Umschwung hin zu einem Wert unter der Wachstum ausweisenden 50-Punkte-Marke, beschreibt eine rückgängige Auftragslage in der Industrie, schwindende Outputlevel sowie sich verschlechternde Erwartungen gegenüber der Geschäftslage im Dienstleistungsbereich. Gleichzeitig bemerken die Experten des Instituts einen Anstieg der Exporte, welche sie dem in Folge des Brexit-Referendums abgewerteten Pfund zuschreiben. Die abgebildeten Entwicklungen wertet das IHS Markit als Vorboten einer Rezession, welche sich schon im nächsten Quartal abzeichnen könne.

Zahl der Woche
26 %

... Wachstum hat die irische Statistikbehörde für 2015 veröffentlicht. Aufgrund der günstigen Steuerlage haben besonders viele ausländische, vor allem US-amerikanische Firmen einen Sitz in Irland, darunter z.B. Facebook. Deren Gewinn bauscht die Wachstumsrate künstlich auf. In Fachkreisen werden die realitätsfernen Ergebnisse als „Leprachaun Economics“ diskutiert. *Independent*